

Mustervertrag
(Werkvertrag/Kaufvertrag)

Zwischen dem Freistaat Bayern - Justizverwaltung -, vertreten durch den Leiter/die Leiterin
der Justizvollzugsanstalt

(nachstehend als "Vollzugsanstalt" bezeichnet)

und

(Bezeichnung des Vertragspartners, nachstehend als "Auftraggeber" bezeichnet)

wird folgender

Vertrag

geschlossen:

1. Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrages ist die entgeltliche Erbringung folgender Leistungen:

2. Hauptpflichten der Vollzugsanstalt

Die Vollzugsanstalt erbringt die unter Nr. 1 festgelegten Leistungen durch den Einsatz
von Gefangenen.

3. Hauptpflichten des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat der Vollzugsanstalt das unter Nr. 5 vereinbarte Entgelt zu entrichten und die unter Nr. 1 festgelegten Leistungen nach Erbringung durch die Vollzugsanstalt abzunehmen.

4. Nebenpflichten

- 4.1 Der Auftraggeber stellt der Vollzugsanstalt - mit Ausnahme der Arbeitskräfte - alles für die Ausführung der Arbeiten Erforderliche zur Verfügung, insbesondere Geräte (Maschinen, Werkzeuge u. Ä.), die Werk- und Betriebsstoffe (einschließlich des benötigten Stroms) sowie die notwendigen Betriebsmittel (für die Arbeitsräume der Gefangenen und für etwaige Lagerräume).

(Falls Werk- oder Betriebsstoffe durch Vermittlung der Vollzugsanstalt bezogen werden, ist eine entsprechende Regelung zu treffen; vgl. auch Nr. 5.4).

- 4.2 Die Vollzugsanstalt gestattet dem Auftraggeber die zum Betrieb der Maschinen notwendige Verlegung von Versorgungsleitungen. Die Kosten dafür trägt der Auftraggeber.
- 4.3 Der Auftraggeber duldet Überprüfungen durch die Gewerbeaufsicht und den Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Er hat etwaige Beanstandungen so bald als möglich beheben zu lassen. Der Auftraggeber hat ständig für die Betriebssicherheit zu sorgen und bestehende Arbeitsschutzvorschriften zu beachten.
- 4.4 Der Auftraggeber hat die Vollzugsanstalt zu unterrichten, wenn die Ausführung der Arbeiten, insbesondere angewendete Produktionsmethoden oder eingesetzte Produktionsmittel, eine Gefährdung der Beschäftigten, anderer Gefangener, der Vollzugsbediensteten, sonstiger Personen, die sich in der Vollzugsanstalt aufhalten, der Vollzugsanstalt selbst oder der Umwelt zur Folge haben kann. Besteht die Möglichkeit einer Gefährdung, ist die Vollzugsanstalt jederzeit berechtigt, die Anwendung der Produktionsmethoden und/oder den Einsatz der Produktionsmittel abzulehnen, soweit dies zum Ausschluss der Gefährdung nach pflichtgemäßem Ermessen der Vollzugsanstalt erforderlich ist.

Der Auftraggeber hat alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine Gefährdung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen, der Vollzugsanstalt und der Umwelt nach Möglichkeit auszuschließen; behördliche Auflagen sowie bestehende Sicherheits- und Rechtsvorschriften sind auf jeden Fall zu beachten.

- 4.5 Der Auftraggeber hat alles, was im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis zur Erbringung der geschuldeten Leistungen nicht oder nicht mehr benötigt wird, insbesondere anfallende Abfälle (z. B. Verpackungsmaterial, Produktionsrückstände) und entsorgungspflichtige Werk- und Betriebsstoffe (z. B. Lösungsmittel), auf seine Kosten abholen und entsorgen zu lassen, soweit diese vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt wurden.
- 4.6 Der Auftraggeber darf die aufgrund dieses Vertrages hergestellten Erzeugnisse nicht unter Hinweis auf die Anfertigung in einer Vollzugsanstalt anbieten.
- 4.7 Die Vertragspartner legen Wert auf eine stetige Arbeit und auf gleichmäßige Leistungen. Sie sind daher bestrebt, Unterbrechungen im Arbeitsablauf zu vermeiden und werden sich bemühen, Störungen möglichst umgehend zu beheben.

5. Vergütung und Kostenabgeltung

- 5.1 Für die Erbringung der Leistungen zahlt der Auftraggeber als Vergütung für die Arbeitsleistung der Gefangenen folgende Stundensätze/Stüclöhne:

- 5.2 Die Stundensätze/Stüclöhne entsprechen _____ % der Stundensätze/Stüclöhne der bei Vertragsabschluss geltenden Tarifvereinbarungen für

(Bezeichnung der Tarifvereinbarung).

- 5.3 Bei tariflicher Änderung der Ecklöhne ändern sich die vereinbarten Stundensätze entsprechend. Tarifliche Änderungen, die Auswirkungen auf die Stücklöhne haben, gelten mit In-Kraft-Treten als vereinbart.
- 5.4 Für die Abgeltung anfallender Kosten (z. B. Gemeinkosten, Materialeinzelkosten, Sonder- und Vertriebs Einzelkosten) wird folgende Vereinbarung getroffen (Zuschlag, Aufwand, Höhe):

6. **Abrechnung und Zahlungsvereinbarung**

- 6.1 Das nach Nr. 5 vereinbarte Entgelt wird monatlich abgerechnet. Als Abrechnungunterlagen für die zu zahlende Vergütung dienen die Lieferscheine/die von der Vollzugsanstalt geführten Beschäftigungslisten/die von der Vollzugsanstalt geführten Arbeitszeitaufzeichnungen.
- 6.2 Der Rechnungsbetrag ist binnen _____ nach Rechnungsstellung durch die Vollzugsanstalt fällig und an die in der Rechnung angegebene Stelle zu zahlen.
- 6.3 Die von der Vollzugsanstalt erbrachten Leistungen unterliegen nicht der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Daher kann in der Rechnung ein Steuerbetrag nicht ausgewiesen und eine Steuernummer nicht angegeben werden.
- 6.4 Beträge, mit denen der Auftraggeber in Verzug gekommen ist, sind ab Eintritt des Verzugs nach § 288 BGB zu verzinsen. Die Vollzugsanstalt behält sich vor, einen weitergehenden Verzugsschaden geltend zu machen.

7. **Gewährleistung und Haftung**

- 7.1 Beanstandungen wegen offensichtlicher Mängel der geschuldeten Sachen müssen spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Eintreffen der Ware am Bestimmungsort oder nach Übernahme des (reparierten) Gegenstandes schriftlich bei der Vollzugsanstalt eingehen, andernfalls ist die Vollzugsanstalt nicht zur Erfüllung von Rechten we-

gen Mängeln verpflichtet. § 377 HGB bleibt unberührt.

- 7.2 Bei mangelhafter Leistung kann der Auftraggeber Nacherfüllung verlangen. Die Vollzugsanstalt kann nach ihrer Wahl den Mangel beseitigen oder eine neue Sache herstellen. Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Fehlschlagen der Nacherfüllung nach seiner Wahl eine Herabsetzung der Vergütung zu verlangen oder vom Vertrag zurückzutreten. Eine Nachbesserung gilt nach dem erfolglosen zweiten Versuch als fehlgeschlagen, wenn sich nicht insbesondere aus der Art der Sache oder des Mangels oder aus den sonstigen Umständen etwas Anderes ergibt.

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Mangel selbst zu beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen, wenn die Vollzugsanstalt den Mangel nicht innerhalb einer angemessenen Nachfrist, die mindestens _____ Wochen betragen muss, beseitigt hat, es sei denn, die Vollzugsanstalt hat die Nacherfüllung zu Recht verweigert.

- 7.3 Die Vollzugsanstalt ist nur zum Ersatz von Schäden verpflichtet, die auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Vertragsverletzung beruhen. Dies gilt nicht für besonders übernommene Vertragspflichten und für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung der Vollzugsanstalt, ihres gesetzlichen Vertreters oder eines Erfüllungsgehilfen der Vollzugsanstalt beruhen. Die Vollzugsanstalt haftet nicht für Schäden, die dem Auftraggeber an seinem Eigentum (vgl. Nr. 4.1) infolge Einwirkungen aufgrund höherer Gewalt entstehen; entsprechende Risiken werden vom Freistaat Bayern auch nicht versichert.

- 7.4 Der Auftraggeber hat der Vollzugsanstalt alle im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis entstehenden Schäden zu ersetzen, soweit sie vom Auftraggeber zu vertreten sind. Der Auftraggeber stellt die Vollzugsanstalt insoweit von jeder Haftung frei.

8. Sicherungsrechte

- 8.1 Die Vollzugsanstalt erwirbt das Eigentum an den hergestellten beweglichen Sachen. Die von der Vollzugsanstalt hergestellten Sachen verbleiben, soweit sie im Eigentum der Justizverwaltung stehen, auch nach Lieferung bzw. Übergabe an den Auftraggeber bis zur vollständigen Bezahlung des für den Monat der Auslieferung erstellten

Rechnungsbetrages im Eigentum der Justizverwaltung. Der Auftraggeber ist zur Weiterveräußerung dieser im Eigentum der Justizverwaltung stehenden Sachen im Rahmen eines ordnungsgemäßen Geschäftsganges berechtigt; der Auftraggeber tritt bereits jetzt alle Entgeltforderungen, die bei einer solchen Weiterveräußerung gegen Dritte entstehen, in Höhe des Werts der veräußerten Sachen zur Sicherung an die Justizverwaltung ab.

- 8.2 Der Auftraggeber hat zur Sicherung der aus dem Vertragsverhältnis entstehenden Forderungen der Vollzugsanstalt die schriftliche, unbedingte, unbefristete, unwiderrufliche, selbstschuldnerische Bürgschaft einer inländischen öffentlichen Sparkasse oder eines anderen in Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugten Kreditinstituts, das einer ausreichenden Sicherungseinrichtung angehört, beizubringen. (Gegebenenfalls: Vor Aushändigung der Bürgschaftsurkunde an die Vollzugsanstalt wird mit der Erbringung der Leistungen (vgl. Nr. 2) nicht begonnen.)

(Gegebenenfalls sind andere Sicherheitsleistungen zu vereinbaren, vgl. VV Nr. 5 zu Art. 34 BayHO.)

(Hinweis: Durch die Vereinbarung von Sicherungsrechten nach den Nrn. 8.1 und 8.2 darf eine Übersicherung zulasten des Auftraggebers nicht erfolgen. Die Sicherungsrechte sind nach Umfang und Bedeutung des Auftrags zu vereinbaren. Die Stellung einer Bürgschaft nach Nr. 8.2 ist alternativ zu der in Nr. 8.1 genannten dinglichen Sicherungsmöglichkeit vorzusehen. In der Abwicklung und vom Sicherungswert her ist die Bürgschaftsregelung in Nr. 8.2 die für die Vollzugsanstalt günstigere Sicherungsmöglichkeit).

9. Geschäftsverbot

- 9.1 Der Auftraggeber darf mit und für Gefangene, die an der Erbringung der Leistung tätig sind, oder deren Angehörige keine Geschäfte tätigen und keine Aufträge übernehmen.
- 9.2 Die Gewährung oder das Versprechen von Zuwendungen durch den Auftraggeber an Gefangene ist stets - auch nach der Haftentlassung der Gefangenen - in Bezug auf deren Tätigkeit im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses nur mit vorheriger Zustimmung der Vollzugsanstalt zulässig.

- 9.3 Der Auftraggeber darf ohne vorherige Zustimmung der Vollzugsanstalt den Anstaltsbediensteten oder ihren Angehörigen keine Zuwendungen machen oder versprechen oder mit diesem Personenkreis in Geschäftsverbindung treten. Bereits bei Abschluss dieses Vertrages bestehende Geschäftsverbindungen sind unverzüglich anzuzeigen. Die Zustimmung wird seitens der Vollzugsanstalt erteilt, wenn Belange der Vollzugsanstalt durch die Zuwendung oder die Geschäftsverbindung nicht berührt werden.

10. Vertragsdauer und Vertragsbeendigung

- 10.1 Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von beiden Vertragspartnern unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von _____ Wochen/Monaten für den Schluss eines Kalendermonats gekündigt werden.

oder:

Dieser Vertrag wird vom _____ bis zum _____ geschlossen. Eine ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.

- 10.2 Sowohl die Vollzugsanstalt als auch der Auftraggeber können den Vertrag aus wichtigem Grund außerordentlich fristlos kündigen. Für eine außerordentliche fristlose Kündigung durch die Vollzugsanstalt liegt ein wichtiger Grund im Sinne des Satzes 1 insbesondere auch dann vor, wenn der Auftraggeber schuldhaft gegen seine Verpflichtungen aus den Nrn. 4.4, 9.1, 9.2 oder 9.3 verstößt.

Die Kündigung durch die Vollzugsanstalt ist rechtzeitig, wenn sie innerhalb von drei Wochen, nachdem die Vollzugsanstalt Kenntnis von dem Kündigungsgrund erhalten hat, erfolgt.

- 10.3 Im Falle, dass infolge höherer Gewalt oder eines ähnlichen Ereignisses, dessen Eintritt dem Willen der Vertragsparteien entzogen ist, einer oder beiden Vertragsparteien die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten unmöglich oder unzumutbar erschwert wird, kann die andere Vertragspartei vom Vertrag zurücktreten. Aus einer solchen Vertragsbeendigung kann keine der Vertragsparteien Schadensersatzansprüche ableiten.

10.4 Der Auftraggeber ist verpflichtet - soweit nicht ein Pfandrecht nach § 647 BGB oder ein sonstiges Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht wird -, die von ihm zur Durchführung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Geräte, Werk- und Betriebsstoffe sowie sonstige Gegenstände unverzüglich, spätestens zwei Wochen nach Vertragsende, zu entfernen.

10.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses die von ihm angebrachten Versorgungsleitungen auf seine Kosten wieder zu entfernen. Macht er von dieser Befugnis keinen Gebrauch, ist die Vollzugsanstalt zur Entschädigung für belassene Versorgungsleitungen nicht verpflichtet.

Auf Verlangen der Vollzugsanstalt hat der Auftraggeber auf eigene Kosten die Versorgungsleitungen binnen einer Frist von _____ zu entfernen.

11. **Anwendbares Recht, Gerichtsstand**

11.1 Für dieses Vertragsverhältnis ist ausschließlich deutsches Recht anwendbar; die Geltung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.

11.2 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist

(zu vereinbaren ist der Sitz der jeweiligen Vertretungsbehörde des Freistaates Bayern).

12. **Sonstiges**

12.1 Soweit in diesem Vertrag nicht anders geregelt, finden im Übrigen die gesetzlichen Vorschriften Anwendung.

12.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder unanwendbar sein oder werden, oder sollte dieser Vertrag eine Lücke aufweisen, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

Anstelle der unwirksamen oder unanwendbaren Bestimmungen tritt eine solche angemessene Regelung, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, wenn sie diesen Punkt bedacht hätten. Gleiches gilt, wenn dieser Vertrag eine Lücke enthält.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Leiters/der Leiterin der Justizvollzugsanstalt)

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Auftraggebers)